

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Pannschuh u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Wethe, Magdeburg. Geschäftsstelle: Salzstraße 49, Fernsprecher 1507. Redaktion: Dr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 981.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangobahn) 2 M. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 M., 2 Exemplar 2.90 M. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 M., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 M. inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf. Pop-Zeitungsliste Seite 376.

Nr. 186.

Magdeburg, Freitag den 11. August 1905.

16. Jahrgang.

## Die Hausa des Wahlrechtsraubes.

Die Lübbische Bürgerschaft hat am Montagabend die politische Entredung des arbeitenden Volkes vollendet. Die berüchtigte Wahlrechtsreform hat die Zustimmung der Bürgerschaft gefunden, und zwar in der Form der Senatsvorlage, welche zwei Klassen von Bürgern schafft, solche, die unter und solche, die über 2000 Mark Jahreseinkommen versteuern. Erste wählen 15, letztere 105 Abgeordnete. Das Wahlalter wurde oben drein von 21 auf 25 Jahre erhöht. Die Kommissionsvor schläge, welche dahin gingen, die Grenze von 2000 Mark auf 2500 Mark zu erhöhen, den Wahlzensus von 1200 Mark heben zu lassen und für die Wähler der zweiten Klasse (unter 2000 Mark; also für die an sich schon rechtlose Klasse) den Proporz einzuführen, wurden abgelehnt, ebenso ein Antrag des „General-Anzeiger“-Besitzers Coleman — das Blatt wird leider vielfach noch von Arbeitern gelesen, daher der Zucker auf die Wille! — der zweiten Klasse 24 statt 15 Mandate zu geben.

Man hat auf das Gängen und Vierteln, wie es die Kommission wünschte, verzichtet und es beim einfachen Gängen bewenden lassen. Das neue Wahlgesetz stabilisiert einstweilen die absolute Vorherrschaft des liberalen Maftbürgertums und die dauernde Einflußlosigkeit seines Ernährers, der Arbeiterschaft. Ehe wir nach dem „Samburger Echo“ den ganzen unerhörten Vorgang rekapitulierend kritisch beleuchten, sei kurz der Verlauf der entscheidenden Bürgerschaftssitzung geschildert:

Zu Beginn wurden die Schreiben der bisherigen Bürger schaftsmitglieder Kape und Heise verlesen, welche ihr Mandat nieder legen, gegen Senats- und Kommissionsvorträge zugleich Protest erheben. Mit Heiterkeit wurde die Kundgebung begrüßt, konstatierten die „Lüb. Anz.“. Das kennzeichnendste Lübbische Gesetzgeber von Selbstnahberechtigung. Es sitzen nämlich außer den beiden Protestlern noch 38 Wiederwähler im Parlament, deren Mandate, ebenso wie die Heise und Kape, am 30. Juni abgelaufen waren. Unter Wahrung der Verfassung sind sie verlängert worden. Dem Protest, so sachlich berechtigt er ist, darf man hinsichtlich der Personen nicht allzuviel Gewicht beilegen. Namentlich der „Mannesmut“ des Heise dürfte die Bürger schaft komisch anmuten. Denn während der Schmirgelabrikant und freisinnig-volksparteiliche Reichstagskandidat Kape zwar ein unbedeutend freisinniger Jugendpolitiker, aber doch ein halbwegs konsequenter und unerschrockener Charakter ist, gehört die Kriegervereinsgröße Heise zu den abstoßendsten Erscheinungen des politischen Lebens. Als ehemaliger Leiter der „Eisenbahn-Zeitung“, die er kaputtredigieren half, hat er durch giftig-kurzfristige und uneheliche Begeisterung aller wirklich fortschrittlichen Bestrebungen sein gewähltes Ziel dazu beigetragen, den Boden für die Wahlrechtsräuberei zu adern und zu düngen. Was er mit der Pose des Oppositionsmannes bezweckt, nachdem er jahrelang den Surrealismus geleitet, mag der Kunde wissen; mit Prinzipien und Idealen hat sie sicher nichts zu schaffen.

Als erster Redner trat der Professor Dr. Baethke auf, um die ungeschicklichen Kommissionsvor schläge zu rechtfertigen und zu empfehlen und gleichzeitig auf die Sozialdemokratie loszuhaun, die in dem letzten Flugblatt von Raubrittern und Wegelagerern gesprochen habe. Ausgerechnet ein Professor mußte es ja sein, der solches Machwerk angreifen durfte, und in Lübeck ausgerechnet Dr. Baethke. Er, dieser freisinnige Volksparteiler, der heute so wader in die Kerbe des herrschenden Klüngels haut, wurde einst vom „Ausland“ importiert, um in freisinniger Manier dem klügelmächtigen Schlandrian ein Ende bereiten zu helfen. Es wird so um den Anfang der 80er Jahre gewesen sein, als der Richterliche „Freisinn“, kühn gemacht durch die Reichstagswahl, die nacheinander den „Eisenbahn-Zeitung“-Verleger Ed. den liberalen Gerichtsdirektor der alten Schule (!) Görz, und den emporstrebenden — dazu dient ja gar häufig ein gewisser Radikalismus als Sprung- und Schwungbrett — Kaufmann Stiller in den Sattel hoben, auch den Sturm auf das Rathaus unternahm. Dabei wurde auch Dr. Baethke mit in die gefegende Körperschaft bugliert, wo er sich dann als guter Oppositions- und Freisinnsmann sehr gut entwickelte, so gut, daß er heute längst Professor ist und auf das freisinnige „Programm“ ebenso lustig pfeift, wie auf die Rechte des Volkes.

Um gleich bei der Liste zu bleiben, sei erwähnt, daß jener ehemalige Reichsbote Stiller, inzwischen durch einen Bankdirektorposten hinreichend gezähmt, die Sitzung als Wortführer „streng und gerecht“ leitete und mit dem Ordnungsruf sichtlich entrüstet dazwischenfuhr, als ein heute noch politisch tätiger und von der freisinnigen Theorie noch nicht völlig auf die freisinnige Praxis geratener Freisinniger, der Seifenfabrikant Thiele, kurz, bündig und treffend Senats- wie Kommissionsvorlage frivol nannte. Und da es von allgemeinem politischen Wert ist, festzustellen und festzuhalten, daß dies Attentat auf die Volkrechte nicht lediglich das Werk des längst moralisch verrotteten und als verrottet erkannten nationalen Liberalismus ist, sondern daß gerade die angeblich „schärfste“, „freihellichste geistige“, „am weitesten links stehende“ Richtung des Liberalismus es ist, die am rabiatesten der Reaktion Gassen bahnt, so sei weiter darauf hingewiesen, daß auch der einst die freisinnige Vereinigung als Reichstagsabgeordneter stehende Rechtsanwält Dr. Görz, juristischer Ratgeber der Lübbischen Scharfmacher, den Reigen mitmacht und namentlich die Proporzkarikatur für die zweite Klasse mit liberaler Veredamtheit beweihräucherte. Dieser Mann ist der Sohn jenes oben erwähnten Richters und Reichsboten, zu dem er sich etwa verhält wie Hans Blum zum großen Robert, und er saß in jener

Partei, in die sich Raumann mit den Seinen flüchtete. Wir kennen unsere sozialliberalen Pappenheimer.

Am in dem mit ihm ging der Erste Staatsanwalt Dr. Benda, ein typischer nationalliberaler Reaktions, während der Geschäftsführer des „Amtsblattes“, Dahms, Amt und Meinung profitabel und geschickt vereinigt, der Senatsvorlage des Wort redete. Man könne ja immer noch weiter verschlechtern, meinte er nach offenerzig. Die sonstigen Reden waren belanglos. Die Abstimmung ergab das eingangs mitgeteilte Resultat.

Nun einige historische Daten! Seit Anfang der siebziger Jahre konnte in Lübeck jeder Bürger wählen. Privilegiertere wählten kannte man nicht. Freilich war das Bürgerrecht an die Bezahlung von rund 30 Mark geknüpft, wie ähnlich einst in Hamburg. Als nun die Arbeiter begannen, sich dieses Geld sparen zu erlernen und nach manchen Entbehrungen sich sozialpolitische Rechte zu erkaufen, sicher nicht unter Billigung des veralteten Rechts, sondern in eiserner Willenskraft Gleichberechtigung erstrebend, da raubte man ihnen die Früchte ihrer Entschlüsse, ihres Fleißes, ihrer Ueberzeugung, indem man zugunsten der faulen, politisch indolenten, aber in der Elterwahl glücklichen Leute den 1200 Mark-Zensus nach Hamburger Muster, aber verschärft, einführte. Und als sich auch dadurch die Arbeiter nicht schrecken ließen, schritten die „Lagenbaren“ zu weiteren Gewaltmaßregeln, und zwar ehe die Wirkung des ersten Streichs erprobt war. In dieser Beziehung waren denn doch ihre Hamburger Kollegen einige Prozenten „anständiger“. Das Resultat ist das jetzt perfekt gewordene „liberale“ Monstrum.

Triumphierend schreiben die „Lüb. Anz.“:

„Das große Werk ist nun glücklich unter Dach und Fach gebracht und die lange Zeit die Gemüter bewegende Verfassungsfrage durch einen klaren Beschluß der Bürgerschaft gelöst worden. Wir geben unserer Befriedigung über den Sieg der Senatsvorlage Ausdruck. Damit dürfte mit der Zeit auch wieder die notwendige Beruhigung innerhalb der bürgerlichen Parteien eintreten, da nunmehr die hochgezogenen Latzachen vorliegen. Die Herrschaft des Bürgertums über die freie und Hansestadt Lübeck ist damit für die Zukunft gewährleistet und den Machtgelüsten der Sozialdemokratie ein Damm vorgezogen. Mögen die gestern gefassten bedeutsamen Beschlüsse zur Wohlfahrt unseres Kleinem, aber kraftvollen, durch Bürgerfleiß und Bürgertüchtigkeit stark gewordenen Freistaates ausschlagen.“

Ein netter Sieg eines rücksichtslosen Häufleins über die an Händen und Füßen geknebelte, völlig wehrlose Masse! So ähnlich sieht der Scharfrichter auch über den Block Geschwollen!

Wie steht's nun mit dem Befähigungsnaachweis? Man entmündigt die Sozialdemokratie, weil sie angeblich unfähig ist, die Geschicke des Lübbischen Volkes, dessen überwältigende Mehrheit ihr seit Jahren angehört, zu lenken. Nun, in allem, was unter dem schweren Druck der Verhältnisse mit den heischendsten Mitteln die Lübbische Sozialdemokratie unternahm, hat sie Glück gehabt, das nicht zufällig, sondern ehrlich selbstgeschmiedet war. Sie hat Leistungen vollbracht, die sie vor Freund und Feind mit berechtigtem Stolz zeigen kann. Freilich — in der Regierung hat sie nichts aufzuweisen; dafür sorgten ja eben die „Erbberedigten“.

Über was haben denn diese aufzuweisen? Betrachtet man, was sie in den letzten Jahrzehnten geleistet haben, dann kann man ihnen höchstens die goldne Medaille für vollendete Ungeachlichkeit und Unfähigkeit verleihen.

An allen Ecken und Enden Mißgriffe und Mißerfolge, die dem kleinen Staatswesen eine gewaltige Schuldenlast und wachsende Steuern aufbürdeten, durch welche nur die konventionierten Patrikier-Spekulanten ungefährdet hindurchglabieren. Die ganze travenhanseatische Staatskunst der letzten Jahrzehnte ist ein einziges großes Fiasko! Und damit den Schuldigen nicht täglich laut ins Ohr gerufen werde, stopft man dem Leidenden Opfer das Maul! Im Mittelalter sagte man:

Lübbisch Recht,  
Glüppisch Recht!

Lübbisches Recht läßt sich drehen und wenden! Werden zugunsten derer, die's in Händen haben. Die Tradition hält sich zähe an der Trabe. Aber auch die Bergeltung bleibt nicht aus; auch das ist guter alter Brauch. Der Lübbische Wahlrechtsraub wird registriert werden als Wahrzeichen raptider Auflösung des liberalen Bürgertums, er wird gekennzeichnet werden als der sichtbare Ausdruck unheilbarer Zerrüttung eines zerfallenden Organismus, als Angstprodukt eines der Erweiterung entgegengehenden Gehirns. Wir aber, die davon Betroffenen, die Entredeten, Ausgestoßenen, Verarmten und Betrogenen, wir lächeln in unserm gerechten Zorn. Denn der Sturm, der das zerstörte, was in zäher Arbeit das Proletariat sich errichtete, der ihm raubte in einigen Stunden, was es erhungerte und erdarbte,

er setzt auch die Illusionen und die vertrauensdufeligsten Träume aus den Köpfen und macht die Bahn frei für die reinen Zukunftsgedanken und Zukunftspläne der Entredeten. Jene „Dammbauer“ vergessen, daß sie bei ihrem Bauen zugleich die „Kluft“ erweitern, die sie so gern zuwärteten, so erweitern, daß auch der Kurzsichtigste sie erkennt. Hüben und drüben! Insofern ein Bravo! dem emsigen Berichterstern der Klassengegenjäh!

Für uns arbeiten sie! Und sie werden keinen Dank dazu haben! Die Meuchelmörder der Volksfreiheit und der Volksrechte haben noch immer die stille Verachtung der Nachwelt geerntet, so daß nicht einmal ihre Sippe sich zu ihnen zu bekennen wagte. Lübbes Vergangenheit lehrt es: Wohl gelang es dem reaktionären Patrikier Nikolaus Bröms, den großen Demokraten Jürgen Wullenweber aufs Schafott zu bringen und Herr von Lübeck zu werden. Sein Lohn aber war Haß. Sein Begräbnis ging lang- und klanglos vorüber. Nicht einmal Schüler sangen, wie sonst üblich, vor seinem Sarge her, dem kaum ein Dugend Menschen folgte; und die von ihm selbst gestifteten Totenmessen zu St. Jacobi sind nie gelesen worden. Seinen geistigen Nachfahren wird's ebenso gehen. Dieweil sie es redlich verdient haben. Das tut des Volkes Fluch! —

## Politische Uebersicht.

Magdeburg, 10. August 1905.

### Sozialdemokratie hilf!

Gegen die neue Konferenz zur Besprechung der Vieh- und Fleischnot, zu welcher der Landwirtschaftsminister v. Podbielski die Vorsitzenden der sämtlichen Landwirtschaftsamtern für den 11. August nach Berlin berufen hat, erhebt die „Allgemeine Fleischer-Zeitung“ auf das schärfste Einspruch. Sie jagt:

Glaubt man denn, daß die extremsten und einseitigsten Vertreter der agrarischen Interessen wirklich Vorschläge machen werden, die geeignet sind, die Preise für Schlachtvieh herabzusetzen? Es ist ohne weiteres klar, daß diese Konferenz sich gegen die Erleichterung der Vieheinfuhr aussprechen wird. Niemand ist in drohender Weise die Partei zum Richter bestellt worden. Die Not ist so jämmerlich und groß, daß jede weitere Erörterung überflüssig ist, daß Taten geordert werden müssen. Mit jedem Tag wird der Notstand schlimmer und wächst die Unzufriedenheit der Bevölkerung. Wie wir voraus sagten, hat sich die Sozialdemokratie dieses günstigen Agitationsstoffes in erschreckender Weise bemächtigt, um für sich und ihre Ideen Propaganda zu machen. Täglich finden eine Anzahl von sozialdemokratischen Massenversammlungen statt, um unter Hinweis auf den Viehweh und die Fleischnot auf zu wege zu gehen. Der Minister kann sich der schweren Not nicht länger verschließen.

Die Schlächtermeister sind wie die Kollegen vom Baetrot die eingeschworrenen Feinde der Sozialdemokratie und tatkräftige Freunde, zum Teil sogar Mitglieder des „mittelständischen“ Bundes der Landwirte. In der Bedrängnis, die sie durch die Agrarier erfahren, müssen die Sozialdemokratie ihre Zuflucht und Hilfe suchen. Was sie aber nicht hindern wird, bei Reichstagswahlen wieder für die Bundeskandidaten ihre Stimme abzugeben und ihre Borse zu öffnen und die Abschichtung der „umstürzlerischen“ Sozialdemokratie zu fordern. —

### Die Streikbrecher hoch!

Vor einiger Zeit wurde bekannt, daß der Regierungspräsident von Düsseldorf aus Anlaß der Ausperrung im rheinisch-westfälischen Baugewerbe erneut auf die Bestimmungen über die Zuziehung ausländischer Arbeiter für das Ausperrungsgebiet aufmerksam gemacht hatte. Die Bauunternehmer rasten. Denn wo sollen sie ihre Streikbrecher herbeiziehen, wenn ihnen der Import ausländischer, auf einem möglichst niedrigen Kulturstand stehender Arbeiter durch Bestimmungen erschwert wird, obwohl auf die Bekämpfung des Polentums, nicht eher auf die Befehdung organisierter deutscher Arbeiter zugeworfen sind.

Sie wandten sich beschwerdeführend an die Regierung, die nun vor ihnen in einer offiziellen Notiz in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung in folgender Weise Solan macht:

„Eine Deputation des rheinisch-westfälischen Arbeiterbundes für das Baugewerbe ist heute auf ihren Antrag vom Minister des Innern empfangen worden. Nachdem die Deputation Mitteilungen über den Rohstoff im rheinisch-westfälischen Baugewerbe gemacht hatte, wies der Minister darauf hin, daß die Befugung des Regierungspräsidenten

In Düsseldorf betreffend die Zuziehung ausländischer Arbeiter... Die Rheinisch-westfälischen Bauhütten werden nun denken: „Der Herr Regierungspräsident kann uns sonst was“ und die Arbeiter werden nächstens den „nachdrücklichen Schutz der Arbeitswilligen“ seitens der Staatsgewalt zu ihren Bekommen. Dieser „Schutz“ besteht in Deutschland bekanntlich in der Verhinderung jeglichen Aufklärungsdienstes.

### Was Deutschtum heißt.

Der deutsche Kaiser und König von Preußen hält sich in diesen Tagen im Posenischen auf, um Regimenter zu inspizieren und Schießübungen vornehmen zu lassen. In den Städten, durch die er fährt, wird er selbstredend mit Girlanden, Ehrenjungfrauen und Ansprachen begrüßt.

Zu Gnesen hat Wilhelm 2. am Mittwoch eine Antwort erteilt, die mit der durch die Redigierung veranlaßten üblichen Verspätung bekannt gegeben wird und aus der einige Sätze politisches Interesse erregen können:

„Ich freue mich zu sehen, daß die Arbeit deutscher Kultur so brav und mutig, wenn auch schwer und langsam sich Bahn bricht. Ich freue mich zu sehen, wie die preussische Stadt Gnesen dem König von Preußen in dieser schönen Art zu huldigen weiß. Die vor wenigen Jahren von mir in Posen gesprochenen Maßnahmen und Ermahnungen werden hoffentlich noch überall in Ihren Herzen bewahrt sein.“

Es hat aber den Anschein, als ob manche meiner politischen Uteranen immer noch nicht im Klaren darüber sind, ob sie Schutz und Recht unter dem Hohenzollernbanner finden, und eine leicht angeregte Phantasie mit der Pflege geschichtlicher Erinnerungen kann manches begeisterte Gemüt zu falschen Schlüssen führen. Wie damals, so auch heute möchte ich wiederholen, daß ein jeder Katholische Pole wisse, daß seine Religion geehrt wird von mir, und daß er bei deren Ausübung in keiner Weise gehindert werden wird. Daß er aber Eifersucht und Achtung vor anderen Konfessionen zu bewahren hat, ebenso wie wir vor der seinen. So ist auch auf deutscher Seite nicht nachzulassen im Werte der Kultur. Wer als Deutscher ohne Grund seinen Feind im Osten verabscheut, der verabschiedet sich an seinem Vaterland; wach Ständes und wach Alters er auch sei, er muß hier aushalten. Mich dünkt, es wird hier im deutschen Gemüt ein kleiner Zweikampf ausgefochten zwischen Herz und Verstand. Wenn man in der Lage ist, einen guten Erwerb sich zu verschaffen, dann spricht das Herz: „Nun sehe dich zur Ruhe, zieh dich zurück und gehe in den fernsten Westen, wo es schön ist. Da muß der Verstand dazu kommen und sagen: Hier gilt erst die Pflicht, dann das Vergnügen. Hier im Osten zu wirken, ist eine Verpflichtung gegen das Vaterland, gegen das Deutschtum, und wie der Posten nicht von seiner Wache weichen darf, so dürfen Deutsche nicht aus dem Osten weichen.“

Für jeden, sei er polnisch oder deutsch, der aber Katholik ist, möchte ich noch eines erwähnen: Als bei meinem letzten Besuch im Palatin der große Leo 13. von mir Abschied nahm, da sah er mich mit beiden Händen und — trotzdem ich Protestant bin — gab er mir seinen Segen mit folgendem Versprechen: „Ich gelobe und verspreche Euch Majestät im Namen aller Katholiken, die Ihre Untertanen sind, sämtlicher Stämme und jeden Standes, daß sie stets treue Untertanen des deutschen Königs von Preußen sein werden.“

An Ihnen, meine Herren vom Kapitel, wird es sein, das hohe Wort des großen priesterlichen Geistes zur Wirklichkeit zu machen, auf daß derselbe nicht vereint noch nach seinem Tode wortbrüchig werde dem deutschen Kaiser gegenüber. Meiner Mühseligkeit sollen Sie stets gewärtig bleiben. Deutschtum heißt Kultur, Freiheit für jeden, in Religion sowohl wie in Gesinnung und Betätigung.

Ueber das, was Deutschtum heißt, haben die Polen eine andre Ansicht als die, die der preussische König äußert hat. Für sie ist Deutschtum oder doch Preusentum gleichbedeutend mit Knechtschaft, Unterdrückung, Raub der Muttersprache und der wirtschaftlichen wie politischen Gleichberechtigung. An dieser Auffassung, die ihnen täglich von den Pfaffen und ihren Helfershelfern eingebläut wird, werden sie ungedrungen auch künftig festhalten, fatalerweise die Worte Wilhelms 2. nicht vernünftig, die preussische Polenpolitik in eine andre Richtung zu drängen. Das um so weniger, als ja auch der preussische König auf die Germanisierung des Ostens den größten Wert legt und er auf die Art, wie diese betrieben wird, im einzelnen natürlich keinen Einfluß ausüben kann.

An dem Zustand und an der Entwicklung der Dinge im Osten wird durch die Gnesener Rede selbstredend nichts geändert. Schlimmstenfalls werden die Pfaffen für ihr den Polen nützlichem Vorgehen einen neuen Ansporn finden. Mit der „Treue“ der Katholiken „sämtlicher Stämme und jedes Standes“, die der verstorbene Papst eifertig garantiert hat, wird es in Zukunft daher noch fragwürdiger ausschauen als dies in der Vergangenheit der Fall war.

Denn über das, was das Hohenzollernbanner den Polen beschert, werden diese durch die Tatsachen und nicht durch königliche Reden belehrt.

### Deutschland.

\* Berlin, 10. August. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Nach einem Telegramm des kaiserlichen Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika hat Major Johann, der in den Ruwandi-Bergen eingetroffen ist, telegraphisch gemeldet, daß keinerlei Grund zu Besorgnissen wegen der Ausbreitung von Urruhen vorhanden sei. Zwei Mädelführer seien bereits ohne diesseitige Verluste gefangen genommen worden.

— Auswärtige Blätter berichten, daß Deutschland eine Kasse von 21 Millionen Mark in Marokko abgeschlossen habe. In Wahrheit verhält es sich nach der „Frankf. Ztg.“ so, daß der Sultan von Marokko, der sich in Geldverlegenheiten befindet, bei deutschen Banken ein Darlehen von 10 Millionen Mark gelehrt und erhalten hat. Die deutsche Regierung hat die französische sofort über den Charakter dieses Darlehens aufgeklärt und mitgeteilt, daß dafür keinerlei politische und wirtschaftliche Vorteile ausbedungen sind. Es hätte für das Darlehen Grundpfänder, die der Sultan verpfändet hat und es soll dieses Darlehen zurückgezahlt werden, sobald die

Finanzreform in Marokko stattfindet, die eine Hauptaufgabe der bevorstehenden Konferenz ist. Also ist im Grunde die Melbung der auswärtigen Blätter richtig gewesen. Die Franzosen werden nicht erbaut sein über diese „Gefälligkeit“ deutscher Banken.

— d- Nur 6 Monate! Der Maurer Joseph Wenzel in Castrop geriet mit einem Streikbrecher in Wortwechsel, in dessen Verlauf er der Staatsanwaltschaft einen Schlag ins Gesicht gab. Weil der Sünder noch vollständig unbescholten war, ließ die Dortmund'sche Strafkammer mildewalten und verurteilte ihn zu nur 6 Monaten Gefängnis. Was mögen die Soldatensöhne von solchen „milden“ Urteilen denken?

\* Nachen, 9. August. Die Stadtverwaltung beabsichtigt, eine Eingabe an den Landwirtschaftsminister und das Reichsamt des Innern zu richten und um Aufhebung der unbeschränkten Grenzsperrung im holländischen Verkehr und die Erlaubnis zur Einfuhr einer beschränkten Zahl Schweine und Kinder nach dem Nacherer Schlachthof zu bitten.

g. Aus Bayern, 9. August. Die Fleischnot macht sich auch in Bayern in immer empfindlicherer Weise bemerkbar. Die Schlachthöfe können nicht einmal mehr die Hälfte des gewöhnlichen Bedarfs an Schweinen decken. Ueberall ist der Verbrauch von Pferdefleisch in rapider Zunahme begriffen, auch das Hundefleisch, dessen Genuß früher in Bayern gänzlich unbekannt war, fängt an, sich einzubürgern. In Nürnberg haben die Metzgermeister vom Mittwoch ab den Preis für das Schweinefleisch von 80 auf 90 Pf. pro Pfund erhöht, weitere Preissteigerungen sind in Aussicht gestellt. Die arbeitende Bevölkerung wird dadurch natürlich am schwersten getroffen, bald wird das Schweinefleisch für sie zu den unerschwinglichen Delikatessen gehören. Die bayerische Regierung steht dieser Notlage, die die ganze Volksernährung in der schwersten Weise bedroht, völlig teilnahmslos gegenüber und weigert sich nach wie vor, die Grenzen für ausländische Schlachtschweine zu öffnen; nicht einmal so viel will man einlassen, als zur Beseitigung des Bedarfs der städtischen Schlachthöfe notwendig ist. Die Agrarier haben die Peitsche in der Hand und gebrauchen sie recht schneidig. Wie wird das erst werden, wenn die vielgepriesenen Wuchererträge in Kraft treten!

### Aus der Parteibewegung.

Für die Opfer des russischen Befreiungskampfes sind folgende weitere Beiträge eingegangen: Arnstadt (Thür.), Wahlverein 30.—, Altona, Dr. S. 10.—, Aroja, ein Franzose und eine Französin ihren russischen Brüdern durch ihre deutschen 10.—, Berlin, Wahlkreise: 2. Kreis 459,60; 4. Kreis 275,00; 4. Kreis Südost 1500,00; 6. Kreis 4925,86. Berlin, diverse Beiträge 421,96. Brandenburg a. S., Soziald. Verein 100,00; Breslau, gef. durch die Redaktion der „Volkswacht“ 3. Rate 100,00; bezgl. 4. Rate 170. Baireuth, gef. von den Genossen beim 20-jährigen Stiftungsfest des Soziald. Vereins 20,00. Breslau, gef. durch die Redaktion der „Volkswacht“ 5. Rate 140,00. Düsseldorf, Soziald. Verein d. Auerbach 75,00. Friebehaus, G. D. 3,00. Hildesheim, Soziald. Verein 1. Rate 100,00. Halberstadt, D. J. H. 25,00. Wernigerode, Wahlkreis 100,00. Hof, Soziald. Verein 25,00. Johannegeorgenstadt, Wahlverein 121,20. Königsfeld 5,00. Kiel, Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Kiel u. Umgeg., aus der Lokalfasse der Formier 100,00. Kiel, von den Schneidern der Firma G. B. u. S. 25,50. Leipzig, „Volkswacht“, 1. Rate 650,00; bezgl. 2. Rate 100,00. Neuenhagen und Umgegend, Soziald. Verein 16,85. Neumünster 120,00. Oberlangensielau, Verein 50,00; auf Listen 340, Summa 53,40. Rheinsberg, S. 8,05. Reichenbach i. Schl., Wahlverein 30,00. Sorau-Farß, Zentralverein 100,00. Winterbed-Häfel, Soziald. Verein 10,00. Summa 20 280,42. Bereits quittiert 20 463,05. Im ganzen 40 753,47.

### Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 10. August 1905.

#### Die Lokalfrage.

Wie wenig andre Städte hat die Arbeiterbewegung Magdeburgs unter mühslichen Lokalverhältnissen zu leiden. Das unausgesetzte Wachstum der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter Magdeburgs fordert gebieterisch eine Regelung der Lokalfrage. Die Leitungen der beiden Zweige der Arbeiterbewegung haben sich daher veranlaßt gesehen, den Saalinshabern Magdeburgs je ein diesbezügliches Schreiben zugehen zu lassen, das folgenden Wortlaut hat:

Geehrter Herr!

Schon seit Jahren wird der Magdeburger Arbeiterschaft die Ausübung ihrer politischen Rechte dadurch erschwert, daß ihr die Säle, in denen größere Versammlungen abgehalten werden können, verweigert werden. Das freie Versammlungsrecht, eines der wichtigsten, den Arbeitern gesetzlich garantierten Rechte, wird aber durch die Verweigerung der Säle erheblich eingeschränkt. Die Magdeburger Arbeiter empfinden diesen Mangel um so bitterer, als andre politische Parteien die Säle jederzeit benutzen können. Darunter leiden aber nicht nur die Arbeiter, auch die Wirt haben erhebliche Nachteile und die Behörden vielfache Schwierigkeiten. In den meisten deutschen Großstädten hat man das auch bereits eingesehen, so z. B. in Dresden, wo die Militärbehörde trotz der Forderung der Säle von dem Bogstott abließ. In Magdeburg drängt die Entwicklung der Verhältnisse auch dahin und alle Beteiligten dürften daraus Nutzen ziehen. Hier ist in den letzten Jahren die sozialdemokratische Partei sehr erblüht und die Zahl der ihr nahe stehenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hat sich innerhalb zweier Jahre verdoppelt, die Gewerkschaften haben gegenwärtig rund 15 000 zahlende Mitglieder. Die hiesige Arbeiterschaft kann also im Zukunft nicht mehr auf die größeren Säle verzichten. Unterzeichnete fragen deshalb bei Ihnen an, ob Sie der Sozialdemokratischen Partei künftig Ihre Lokalitäten zur Verfügung stellen wollen. Wir bitten freundlich, uns auf beizüglicher Karte Ihren Entschluß mitzuteilen. Gehört uns innerhalb einer Woche Ihre Antwort nicht zu, so nehmen wir an, daß Sie uns nach in Zukunft Ihren Saal verweigern wollen.

Siebert Vater, S. Heims, Vorsitzender des Sozialdemokratischen Gewerkschaftsvereins, Bezirks für Magdeburg u. Umgegend, Knochenhauerstr. 27.

Die übergroße Mehrzahl der Einwohner Magdeburgs gehört der arbeitenden Klasse an, die durch die Vorenthaltung der Lokale gegenüber der Minderheit der Bevölkerung eine krasse Benachteiligung erfährt, die ihr die Ausübung ihrer staatsbürgerlichen Rechte in mancher Hinsicht erschwert. Die

Arbeiterschaft hat das Recht zu verlangen, den übrigen Bevölkerungsklassen gleichgerechnet zu werden. Ihr müßten deswegen, gleich diesen, auch alle Lokale zur Verfügung stehen.

— Eine große öffentliche Volksversammlung findet am Sonnabend den 12. August, abends 8 Uhr, in der Sudeburg, „Berthler Bierhalle“, statt. Stadtvorordneter U. Brandes wird über „Politische Tagesfragen“ sprechen.

— Nachklänge vom Streik bei Garrett Smith u. Co. Während des Streiks bei Garrett Smith fanden eines Tages die Ausständigen Heinrich Hesse aus Langenweddingen, Friedrich Schulze aus Osterweddingen, Otto Prüfert und Karl Ruffner von hier in der Helmholzstraße Streikposten. Sie sollen durch Stehenbleiben auf dem Bürgersteig den freien Verkehr gestört haben. Die Folgen waren Strafbefehle in Höhe von je 10 Mk., gegen die die vier Personen Einspruch erhoben. In der Sitzung des Schöffengerichts am Mittwoch, wo diese Sache verhandelt wurde, wendeten sie ein, sie hätten das Bewußtsein nicht gehabt, daß sie den freien Verkehr störten, da dort überhaupt kein regelrechter Bürgersteig sei, auch seien sie von dem Schutzmann nicht, wie üblich, aufgefordert worden, weiterzugehen, sondern gleich angezeigt. Der Verteidiger Rechtsanwält Dr. Behrendt führte aus, daß den Angeklagten, um sich strafbar zu machen, doch immerhin das Bewußtsein innezuwohnen haben müsse, daß sie durch ihr Stehenbleiben den freien Verkehr beeinträchtigen könnten. Dies hätten sie aber durchaus nicht anzunehmen brauchen, da es sich um eine breite, ungepflasterte Straße handle. Sie würden zweifellos weitergegangen sein, wenn sie vom Schutzmann dazu aufgefordert wären. Wenn Herren der Gesellschaft auf der Straße stehen bleiben, weil sie sich zufällig trafen, und dann wohl auch 10 Minuten zusammen plauderten, so würde es doch wohl keinem Schutzmann einfallen, gleich Anzeige zu erstatten, sondern er würde stets freundlich sagen: „Meine Herren, gehen Sie weiter, Sie stören den Verkehr.“ Aber selbst wenn im Falle, daß dem nicht Folge geleistet würde, ein Strafmandat erlassen werde, so würde das nimmermehr auf eine so hohe Strafe wie 10 Mk. lauten. Daß hier derart vorgegangen sei, komme wohl daher, daß die Behörden das Streikpostenstehen als etwas sehr Verwerfliches ansähen und sie daher, weil es direkt nicht zu bestrafen sei, den fraglichen Paragraphen der Straßenpolizeiverordnung heranzögen, um es indirekt zu treffen. Der Verteidiger beantragte, auf Freisprechung, höchstensfalls aber auf eine ganz geringe Geldstrafe zu erkennen. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf je 5 Mk.

— Der getretene Wurm. Auf die von der Leitung der Hafenarbeiter in Alten der „Alten Ztg.“ übermittelte Zuschrift, die wir gestern an dieser Stelle wiedergaben, wird das Blatt bezüglich der Beinerung, 10 Mann von dem am 13. Juli in den Ausstand getretenen 78 Mann seien „zur Schande des Arbeiterstandes zum Vertreter ihrer Klassegenossen“ geworden, seitens der hierdurch betroffenen Leute um die Mitteilung ersucht, daß sie eine derartige schwere Beleidigung entschieden und energisch zurückweisen. Die mit jener Phrase beabsichtigte Beleidigung solle daher in ihrer ganzen Bedeutung auf ihre Urheber zurück, denen viel mehr als irgend jemand anders Verant an ihren Mitarbeitern vorgeworfen werden könne. Im übrigen dürften die fraglichen 10 Arbeiter ihre Handlungsweise mit gutem und ruhigem Gemissen dem Urteil des Publikums überlassen, um dessen Sympathie seitens gewisser Leute mit so sonderbaren Mitteln, aber trotzdem ohne den geringsten Erfolg gehubt werde.“ Die Retourkarte beweist, daß es an einer besseren Rechtfertigung mangelt.

— Achtung, Steinseher und Bernfgenossen! Am Mittwoch den 16. August sollen Fragebogen zur Feststellung des Lohns und der Arbeitszeit ausgefüllt werden. Jeder, der den Wert der Statistik erkaunt hat, sollte den Bogen richtig ausfüllen. Nähere Auskunft wird erteilt in der Generalversammlung am 13. August im Lokal des Herrn Brautisch, Faglochsberg 9. Es sei noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß der Arbeiteretatär Genosse Polzappel über den Gewerkschaftskongress sprechen wird. Bezüglich des Tarifschlusses ist es noch bei mancher Firma schlecht bestellt. Erscheine darum Sonntag jeder in der Versammlung.

— Sternschnuppenfälle. In dieser Woche kehrt pünktlich für die Erde das Schauspiel eines überaus reichen Sternschnuppenfalles wieder. Die Erde kreuzt um diese Zeit auf ihrer Bahn einen dichten Schwarm von kleinen, Meteore genannten Himmelskörpern, die in ihrem schnellen Fluge, infolge der Reibung mit unserer Atmosphäre erglühend, plötzlich aufleuchten. Den größten Ausbruch erreicht das Phänomen voraussichtlich heute, am 10. August. Das periodische Erscheinend dieses Sternschnuppenaufwärmes fiel schon den Astronomen in früheren Jahrhunderten auf. Man nannte ihn nach dem Kalenderheiligen des 10. August auch Laurentiusstrom oder die Tränen des heiligen Laurentius. Als wissenschaftliche Bezeichnung führt er den Namen Perseiden, nach dem Sternbild des Perseus, von dem die einzelnen Meteore den Ausgang zu nehmen scheinen. Leider wird die Beobachtung in diesem Jahre etwas beeinträchtigt dadurch, daß, selbst heiteren, unbedeckten Himmel vorausgesetzt, der nahezu volle Mond den größten Teil der Nacht hindurch den Himmel so erfüllen wird, daß nur in den frühesten Morgenstunden vor Sonnenaufgang und vor Beginn der Morgendämmerung die Sternschnuppen bemerkbar sein werden.

— Das Geständnis des Raubmörders. Aus Alsenburg wird der „Alsenb. Ztg.“ gemeldet: „Mittwoch früh fuhren der Untersuchungsrichter Landrichter Hofmeister, Staatsanwaltschaftsrat Rogoll, ein Protokollführer sowie der Untersuchungsgefängene Denzer, der geschloffen war und von zwei Gefangenenaufsehern bewacht wurde, nach Alsenburg zur Abhaltung eines Lokalkonferenzen. Am Lokorte angekommen wurde ein eingehendes Verhör mit Denzer vorgenommen. Zuerst wollte er nicht mit der Sprache heraus, als ihm aber von allen Seiten zugeredet wurde, er solle durch ein offenes Geständnis seine Lage verbessern und sich eine geringere Strafe sichern, hat er den Untersuchungsrichter, mit ihm zur Seite zu treten, worauf er gestand, den Oberpostpraktikanten Gehde vorzüglich erschossen und ihm das Portemonnaie mit 150 Mark in Goldgeraubt zu haben. Denzer zeigte ein gleichgültiges Wesen, mit größter Ruhe verzehrte er ein mitgebrachtes Butterbrot; er macht einen unscheinbaren Eindruck, niemand würde ihn für einen Mörder halten. Das Gewehr wurde trotz eifriger Suchens nicht gefunden. Es wurde durch einen Hotelbesitzer in Schierke festgestellt, daß Denzer auch dort logiert hat, er muß sich in verschiedenen Garzorten herumgetrieben haben. Das Gewehr hat er am 7. Juli unter Nachnahme erhalten, am Nordtage, Sonntag, 9. Juli, hat er das Hotel zeitig verlassen, es ist nicht unmöglich, daß er unterwegs, vielleicht auf dem Dreden, Kenntnis von dem Gelde Gehdes erhalten

## Fleischnot und Fleischverteuerung.

Der Spießbürger, den es ärgert, daß er seine Fleischmahlzeit teurer bezahlen muß wie sonst, klagt, murt und räsoniert wohl über die „teure Zeit“, sein Groll wendet sich vielleicht nur gegen den Schlächter, den er als den allein Schuldigen an der Fleischteuerung ansieht, im übrigen aber hofft er geduldig — er kann es ja aushalten — auf die Wiederkehr besserer Zeiten.

Der politisch geschulte Arbeiter gibt sich dieser Hoffnung nicht hin. Die durch die Teuerung eines unentbehrlichen Lebensmittels verursachte Not drückt ihn schwer, er kann die zu ungewöhnlicher Höhe hinaufgestiegenen Fleischpreise nicht zahlen, er muß deshalb den Genuß des Fleisches aufs äußerste einschränken, ja ganz darauf verzichten oder das minderwertige Fleisch der Freibank auf seinen Tisch bringen. Der politisch geschulte Arbeiter weiß, daß die gegenwärtige Fleischteuerung nicht verschuldet ist durch den Schlächter, bei dem er seine karge Fleischportion einkauft, er weiß auch, daß es nicht unabwendbare Ereignisse sind, welche die Fleischnot verursacht haben, sondern daß die allein Schuldigen an der herrschenden Fleischnot die immerjätigen Agrarier sind und die Regierung, die den agrarischen Interessen zuliebe nicht nur hohe Vieh- und Fleischzölle durchgesetzt, sondern auch die Vieh- und Fleischzufuhr aus dem Auslande unter hinfälligen Gründen verboten oder beschränkt hat.

Gegen einen Notstand, der solche Ursachen hat, hilft weder Klagen noch Murren, und die Hoffnung auf bessere Zeiten ist verfehlt. Da gilt es vielmehr, die Urheber des Notstandes, die Volksausbeuter, die wucherischen Auswüchse der Volkskraft vor den Richterstuhl der Öffentlichkeit zu fordern und von der Regierung, die den Brot- und Fleischwucher der Agrarier begünstigt, Maßnahmen zu verlangen, die den Interessen der breiten Schichten des Volkes Rechnung tragen.

Zu den 26 Versammlungen, welche die sozialdemokratischen Vertrauensleute Dienstagabend in Berlin und den Vororten einberufen hatten, erhob die Arbeiterklasse, die ja wie keine andere Bevölkerungsklasse unter der drückenden Fleischnot zu leiden hat, ihre Stimme, um die wahren Ursachen der Teuerung und Not öffentlich zu besprechen und ihre auf Abhilfe des Notstandes gerichteten Forderungen an die Regierung zu stellen.

Wie immer, wenn es galt, zu wichtigen Fragen Stellung zu nehmen, so waren auch diesmal die Berliner Arbeiter der Einladung zu den Versammlungen in großer Zahl gefolgt. Die geräumigsten Säle waren schon lange vor Beginn der Versammlungen vollständig gefüllt. Verhältnismäßig stark waren auch die Frauen vertreten. Sie, die ja als Verwalterinnen des kümmerlichen Arbeiterhaushalts die Teuerungspreise eines wichtigen Nahrungsmittels ganz besonders drückend empfinden, hatten nicht versäumt, hier ihre Stimmen mit in die Waagschale zu werfen, wo es galt, ein Volksurteil zu fällen über die wucherischen Fleischverteurer.

Wohin man sich wandte, um den Gesprächen zuzuhören, welche an den Tischen der Versammlungslokale geführt wurden, da fand man, so schreibt der „Vorwärts“, daß die Ursache, welche die Laufende von Männern und Frauen hier zusammengeführt hatte, den Gegenstand der Unterhaltung bildete. Die unerschwinglichen Fleischpreise und ihre drückenden Folgen im Haushalt der Arbeiterfamilie war das Gesprächsthema, das man nach allen Seiten hin erörterte. Aber nicht resignierte Klagen über schlechte Zeiten waren es, was man hier zu hören bekam, sondern lebhafte Unwille und gerechte Entrüstung über die unersättlichen Agrarier, die, geschützt und gestützt durch die staatliche Gewalt, nur bestrebt sind, die eignen Taschen zu füllen, mag auch das Volk die drückendste Not leiden.

Die Gedanken, welche die Massen befeelen und die in ihren Gesprächen zum Ausdruck kamen, beherrschten natürlich auch die Vorträge der Referenten. Durch unansehbare Tatsachen und Zahlen wurde von den Rednern der Beweis geführt, daß wir unter einer Fleischnot und Fleischteuerung nicht etwa deshalb leiden, weil es an Schlachtvieh fehlt. Ausländische Viehzüchter würden genug liefern, um die Fleischpreise auf einer erträglichen Höhe zu erhalten. Aber da kommen die heimischen Viehzüchter unter junkerlicher Führung, die behaupten, das vom Auslande eingeführte Vieh sei verseucht, oder doch mindestens seuchenverdächtig, das vom Auslande gelieferte Fleisch sei gesundheitsgefährlich, die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus dem Auslande müsse verboten werden. Und die Regierungen, wie immer, bereit, die Wünsche der agrarischen Junker zu erfüllen, sperren dem ausländischen Vieh und Fleisch die deutschen Grenzen oder erschweren doch „aus sanitären Gründen“ die Einfuhr. So kommen die Agrarier in die Lage, ihre Produkte zu Wucherpreisen loszuschlagen, und das arbeitende Volk ist es, welches die Wucherpreise zahlen und schließlich, da sie für die meisten Arbeiter nicht zu erswingen sind, auf den Genuß eines notwendigen Nahrungsmittels verzichten muß oder sich höchstens ab und zu als Leckerbissen leisten darf, was ein Bestandteil der täglichen Nahrung sein sollte.

Die Erörterung des vorliegenden Themas gab den Rednern auch Gelegenheit zu zeigen, daß die Fleischverteuerung nur ein einzelnes Glied in der Kette ist, mit der unsere unersättlichen Junker den Volkskörper unklammern, um ihm Kraft und Mark auszusaugen. Sie werden diese Kette, die sie unter Mithilfe der Mehrheit der bürgerlichen Parteien und der Regierung in Gestalt des Zolltarifs geschmiedet haben, anziehen, um den Arbeitern auch das wenige noch aus den Taschen zu holen, was ihnen der ausbeutende Unternehmer von ihrem Arbeitsertrage gelassen hat. So zeigt auch die Erscheinung der Fleischteuerung wieder, daß der Arbeiter doppelt ausgebeutet wird, als Produzent vom Unternehmer, als Konsument vom agrarischen Brot- und Fleischwucherer.

Der politisch geschulte Arbeiter weiß wohl, daß die Ausbeutung aus Bewucherung, unter der seine Klasse zu

leiden hat, ihr Ende erst mit dem Ende der bürgerlichen Wirtschaftsordnung findet, er weiß aber auch, daß seine Lage schon in der gegenwärtigen Gesellschaft etwas gemindert werden kann, wenn die Regierung es als ihre Pflicht empfindet, nicht ausschließlich den Wünschen der Herrschenden, sondern vor allem dem Wohle der arbeitenden Klasse, als der Mehrheit der Bevölkerung, Rechnung zu tragen.

Wie die Arbeiter Berlins über die gegenwärtige Fleischteuerung denken und was sie zur Beseitigung derselben von den Regierungen fordern, das wird in einer Resolution ausgedrückt, die in allen Versammlungen einstimmig angenommen wurde. Sie lautet:

Die gegenwärtige Fleischteuerung ist eine notwendige Folge der im Interesse der Agrarier ergriffenen Maßnahmen, der Vieh- und Fleischzölle sowie der von den Landesregierungen erlassenen Vieh- und Fleischzufuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen. Die Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen, die angeblich im Interesse der öffentlichen Gesundheit erlassen sein sollen, haben nur die Wirkung, daß sie eine maßlose Steigerung der Vieh- und Fleischpreise herbeiführen und eine winzige Minderheit der Bevölkerung bereichern.

Eine erhebliche Verschärfung des gegenwärtigen Notstandes wird noch eintreten, wenn der im Dezember 1902 von den Agrariern und deren Gehirgen im Reichstag unter Bruch der Geschäftsordnung durchgeleitete Zolltarif mit den hohen Vieh- und Fleischzöllen sowie den gewaltig gesteigerten Viehfutterzöllen in Kraft tritt. Durch die hohen Viehfutterzölle wird die Viehhaltung erschwert und werden weitere Preissteigerungen eintreten, wenn nicht eine größere Einfuhr freigegeben wird.

Durch die Fleischteuerung treten gewaltige Schädigungen der ärmeren Volkskreise und namentlich der Arbeiterklasse ein. Die Lebenshaltung der Arbeiter wird herabgedrückt und werden dadurch die Arbeiter in ihrer Leistungsfähigkeit und ihrem Erwerb geschädigt. Die Fleischteuerung führt ferner dazu, daß der Genuß von minderwertigem Fleisch gesteigert und dadurch die Gesundheit des Volkes untergraben wird.

Die Versammlung protestiert gegen die Aufrechterhaltung der Maßnahmen, die schwere wirtschaftliche, kulturelle und gesundheitliche Schädigungen der Arbeiterklasse herbeiführen.

Die Versammlung fordert, daß eine unbeschränkte Einfuhr von ausländischem Schlachtvieh nach den Orten freigegeben wird, wo durch ausreichende Kontrolle des Schlachtviehes und durch gute Fleischschau Sicherheit gegen Einschleppung von Viehseuchen und ansteckenden Krankheiten gegeben ist.

Diese Forderungen werden auch in Tausenden von Versammlungen von Hunderttausenden Proletariern erhoben werden müssen, bis die Junkerregierung zum Nachgeben und Einlenken gezwungen werden kann. Vorläufig werden die Minister unter der Führung des Schweinezüchters Bobbielak über den „Kadav“ verächtlich lächeln. Es muß dafür gesorgt werden, daß ihnen das Lächeln vergeht. —

## Gewerkschaftsbewegung.

Das gleiche Recht für alle zeigt deutlich eine Verfügung des Landgerichts Stade anlässlich des Kampfes gegen die dortigen Bäckermeister. Die Bäckergehilfen stellten Forderungen, welche von einigen Meistern bewilligt wurden,

## Feuilleton.

Nachdruck verboten.

### Doktor Ohlhoffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.  
(24. Fortsetzung.)

Der Assessor erhob wiederum die Stimme: „Wo haben Sie sich an dem Abend aufgehhalten, an welchem Doktor Ohlhoff verschwand? In der Zeit von nachmittags fünf Uhr bis abends etwa neun oder zehn Uhr? Waren Sie da auch in Ihrer Wohnung?“

„Ja.“  
„Es lag etwas in dem „Ja“, was den Beamten aufhorchen machte.“

„Behaupten Sie mit Bestimmtheit, an jenem Abend und in der genannten Zeit in Ihrer Wohnung gewesen zu sein?“ fragte er mit scharferem Akzent.

Das junge Mädchen blickte nach dem Fenster. Sie schien seinen Blicken ausweichen zu wollen. Ihre Verwirrung, wenn es eine solche war, währte jedoch nur eine Sekunde.

„Wo soll ich sonst gewesen sein?“ gab sie in ruhigem Tone zurück.

„Ich frage, ob Sie Ihrer Anwesenheit in Ihrer Wohnung ganz gewiß sind?“

„Wie ich Ihnen sagte, gehe ich hin und wieder zu meiner Freundin. Ich weiß mich momentan wirklich nicht gleich zu befinden, ob ich gerade an jenem Abend bei ihr oder zu Hause war. Wahrscheinlich war ich zu Hause. Wie hätte ich auch vermuten können, ich würde jemand über diesen Punkt Rechenschaft ablegen müssen?“

Was sie sagte, klang wahr und natürlich. Den gewiegten Menschenkenner aber täuschte sie nicht.

„Fräulein Mäder, Sie erzählten mir selbst, daß Sie sich in qualender Sorge befunden haben, seit Sie von dem Verschwinden des Doktors hörten. Ihr Brief bildete die Veranlassung Ihrer Unruhe. Da liegt wohl nichts näher, als daß Sie vom ersten Augenblick an die Möglichkeit in Betracht gezogen haben, Ihr Alibi eventuell nachzuweisen zu müssen, und auch nachzuweisen zu können. Ich bin gewiß, daß diese Frage Sie sogar lebhaft beschäftigt hat und Sie sich über Ihren Verbleib an jenem Abend genau Rechenschaft gaben. Ist das nicht so?“

„Ich war abends in meiner Wohnung,“ beharrte sie, während ein Zug von Mitleidlichkeit in ihrer Miene auftauchte.

Sie hatte auf das Wort „abends“ einen auffallenden Nachdruck gelegt.

Der Assessor begriff weshalb. „Abends — was nennen Sie abends?“

„Was man allgemein darunter versteht.“

„Es ist jetzt sechs Uhr,“ betonte er, auf seine Uhr blickend.

„Waren Sie um diese Stunde zu Hause?“

„Ja.“

„Fräulein Mäder,“ rief Rodbert Lindner, sie fest ansehend. „Sie haben mir soeben die Unwahrheit gesagt. Und es ist nicht die erste seit einer Stunde.“

„Mein Herr — ich —“

Sie wollte beteuern, daß er sich irre, daß Sie ihm nichts als die Wahrheit, die reine Wahrheit gesagt, aber sie brachte die Versicherung nicht über die Lippen. Unverkennbare Zeichen der Fassungslosigkeit, der Aufregung, der Furcht boten sich dem Beamten in dem Erbeben der ganzen Gestalt, in dem Vibrieren der auf der Seitenlehne des Stuhles ruhenden Hand, in dem stammelnden Tone, in dem fieberhaft wogenden Hugen. Sie hat sich bisher mit dem Aufwand aller Seelen- und Körperkräfte aufrechterhalten, dachte der Assessor, und jetzt verlassen sie Stärke und Mut. Sie bricht zusammen, sie gibt eine Rolle auf, die sie zu spielen die Kraft nicht besitzt.

Sie ist also doch eine Schuldige — mit einem ordentlichen mehen Gefühl gab Rodbert der Erkenntnis Raum. Schmerz, tiefer gewaltiger Schmerz erfüllte sein Inneres, Schmerz um die edle herrliche Form, welche nichts sein sollte als Zug und Trug.

„Nein, ich kann nicht lügen,“ rang es sich mit einem jähen Tränensturz aus ihr los, „ich kann nicht, es ist gegen meine Natur! Ja, ich war an jenem Abend aus, Sie würden es doch herausbekommen, wenn ich es auch verweigern wollte. Ich war nicht in meiner Wohnung!“

Ihr leidenschaftlicher Kummer, den er für Neue hielt, stimmte ihren Inquirenten weicher.

„Wann sind Sie ausgegangen?“ forschte er ernst, aber ohne Strenge.

„Um sechs Uhr.“  
„Und zurückgekehrt?“

„Nach acht Uhr.“

„Und wo waren Sie?“

Sie schwieg und trocknete sich die immer von neuem hervorbrechenden Tränen.

„Haben Sie Unterricht erteilt?“

„Nein.“

„Waren Sie bei Ihrer Freundin?“

„Nein.“

„Wo also sonst?“

„Ich war spazieren.“

„Um diese Stunde — bei dem Nebel und bei der Kälte, welche an dem bewußten Abend herrschten?“

„Ich gehe manchmal abends spazieren, weil mir am Tage die Zeit fehlt.“

„Haben Sie jemand getroffen, der Ihnen das bestätigen kann?“

„Nein.“

„Fräulein Mäder, Sie sind wieder nicht ganz aufrichtig. Sie waren nicht spazieren!“

„Nein, nein, eigentlich —“

„Wollen Sie mir nicht mitteilen, wo Sie gewesen sind?“

Sie schüttelte den Kopf.

„Sie wollen nicht — oder können nicht?“

„Ich will, ich darf nicht,“ schluchzte sie.

„Und was hindert Sie daran?“

„Fräulein Mäder, Sie sind wieder nicht ganz aufrichtig. Sie waren nicht spazieren!“

„Nein, nein, eigentlich —“

„Wollen Sie mir nicht mitteilen, wo Sie gewesen sind?“

(Fortsetzung folgt.)

während die übrigen in bekannter Dünkelmanier alles ablehnten. Das „Volksblatt“ veröffentlichte darauf die Namen der Meister, welche bewilligten, und auch die Namen derer, welche ablehnten. Dagegen stellten die Meister, welche durch die Veröffentlichung sich geschädigt fühlten, beim Landgericht den Antrag auf vorläufige Verfügung, dem „Volksblatt“ die Namensveröffentlichung zu untersagen, welchem Wunsch auch das Landgericht nachgegeben ist und bei Androhung von 1500 Mark Geldstrafe die Bekanntmachung verbot. Dagegen legte das „Volksblatt“ selbstverständlich Beschwerde ein, die aber als unberechtigt zurückgewiesen wurde. Die Beschwerde wird weiter verfolgt werden.

**Neue Tarifverträge mit Lohnerhöhungen** hat der Zentralverband der Zimmerer (Gau Brandenburg) in letzter Zeit wieder für eine Anzahl Ortschaften mit den Bauunternehmern abgeschlossen. So wurde in Arnswalde der Lohn von 32 auf 34 Pfennig pro Stunde erhöht mit entsprechenden Zuschlägen für Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit. Die Arbeitszeit bleibt allerdings noch 10 1/2 stündig; der Vertrag läuft bis 1906. In Forst kam es nach fünfjährigem erfolgreichem Streik zu einer mündlichen Vereinbarung, laut deren für dieses Jahr der Lohn von 34 auf 36 Pfennig und im nächsten Jahre auf 38 Pf. erhöht wird. Die Arbeitszeit bleibt 10 stündig. In Rehnin wurde laut Vertrag bis 1907 eine Lohnerhöhung von 38 auf 40 Pf. erreicht, die Arbeitszeit bleibt 10 stündig. In Neppen, der einzigen Stadt des Gaues, wo noch ein Lohn von nur 27 1/2 Pf. gezahlt wurde, sieht der einjährige Vertrag eine Lohnerhöhung auf 30 Pf. vor; die Arbeitszeit bleibt 10 stündig. In Bruchmühle stieg der Lohn infolge mündlicher Vereinbarung von 45 auf 50 Pf. bei bestehender 10stündiger Arbeitszeit. In Schwedt und Umgegend bestanden bisher Klassenlöhne von 32 bis 35 Pf. Durch einjährigen Vertrag erhöhen sich dieselben einheitlich auf 38 Pf. bei bestehender 10stündiger Arbeitszeit. In Belken kam es zu einjährigem Vertrag bei bleibender 10stündiger Arbeitszeit und einer Lohnerhöhung von 45 auf 50 Pfennig. In Templin wurde durch mündliche Vereinbarung der Lohn von 35 auf 37 1/2 Pfennig erhöht bei bleibender 10stündiger Arbeitszeit. In Wriezen stiegen die bisherigen Klassenlöhne von 35 bis 38 Pf. ebenfalls infolge mündlicher Vereinbarung auf 40 Pf.; die 10stündige Arbeitszeit bleibt. In Trebbin betrug die Erhöhung der Klassenlöhne von 37 bis 40 Pf. laut einjährigem Vertrag durchschnittlich 5 Pf. bei bleibender 10stündiger Arbeitszeit. In Neu-Ruppin zeigten die Verhandlungen das Ergebnis, daß für das nächste Jahr eine Lohnerhöhung von 40 auf 43 Pf. bei bleibender 10stündiger Arbeitszeit in Kraft tritt. In Frankfurt a. O. kam es zum Streik, der aber nach zehnwöchiger Dauer mit negativem Ergebnis abgebrochen wurde. Jetzt haben sich die Unternehmer jedoch durch den Druck der Verhältnisse von selbst zur Zahlung erhöhter Löhne von 44 bis 45 Pf. bequemen müssen. Bemerkenswert sei, daß in Frankfurt während des Streiks eine Anzahl russischer Flüchtlinge aus Lodz leider als Arbeitswillige tätig waren. Jetzt werden diese Leute in ähnlicher Weise im Mecklenburgischen verwandt.

**Zentrum und Koalitionsrecht.** Ueber diese Frage wurde der Zentrumsabgeordnete Landgerichtsrat Marx, der den Landkreis Krefeld im Landtage vertritt, in den letzten Tagen in einer Versammlung des katholischen Volksvereins, die in Osterath bei Krefeld stattfand, von seinen Wählern interpelliert. Der Abgeordnete erklärte, daß diese Frage zu den schwierigsten gehöre, mit welchen die Gesetzgebung sich in Zukunft zu beschäftigen habe. Das Recht des Zusammenschlusses könne man den ländlichen Arbeitern theoretisch

nicht bestreiten, andererseits sei es selbstverständlich, daß man das Koalitionsrecht der Fabrikarbeiter nicht in seinem ganzen Umfange auf die ländlichen Arbeiter übertragen könne; denn die Verhältnisse eines Fabrikbesitzers seien grundverschieden von denen eines Landwirts. Würde das volle Koalitionsrecht den ländlichen Arbeitern erteilt, so könne zum Beispiel zur Zeit der Ernte ein Streik nicht allein den Landwirt ruinieren, sondern auch für den Staat und die Allgemeinheit die schlimmsten Folgen haben. Es sei nun Aufgabe der Gesetzgebung, durch gründliche Ueberlegung das Koalitionsrecht in diesem besonderen Falle so zu gestalten, daß es sowohl den Arbeitern ihr Recht auf Zusammenschluß einräumt, andererseits aber solche Klauseln enthält, daß es nie zur „Ungerechtigkeit“ wird für den ländlichen Arbeitgeber. Eine ähnliche Schwierigkeit, meinte der Abgeordnete, bilde das Koalitionsrecht der Eisenbahner. Auch diesen Arbeitern und Beamten komme theoretisch das Koalitionsrecht zu, aber hier verlangt die Allgemeinheit gebietend besondere Bestimmungen und Verklammerungen. Zum Schluß erklärte er dann noch, daß die Regelung der Materie noch manches Jahr in Anspruch nehmen werde.

Diese Ausführungen eines Zentrumsabgeordneten, der zum linken Flügel gehört, sind recht beachtenswert. Das Zentrum tritt also theoretisch für das Koalitionsrecht der Landarbeiter und der Eisenbahner ein. Praktisch verknüpft es aber dies Recht mit einer — Buchtause — Vorlage! Mit dieser Kundgebung gesteht das Zentrum, was man freilich längst ahnte, auch seine vollständige Unzuverlässigkeit auf dem Gebiete des Koalitionsrechts. Es bekennet sich als Gegner des Streikrechts und will dagegen „Klauseln“, d. h. Verbote und Strafen gesetzlich festlegen. Vorläufig erklärt das Zentrum sich gegen das Streikrecht der Landarbeiter und Eisenbahner — weil die Allgemeinheit davon betroffen würde —, dasselbe Argument läßt sich natürlich so ziemlich auf jeden großen Streik anwenden, auf Bergarbeiter, Hafenarbeiter, Bertheimer Arbeiter usw.

Logisch zu Ende gedacht, bedeuten die Ausführungen des Zentrumsabgeordneten also: Wir sind theoretisch für das Koalitionsrecht, praktisch aber für die Buchtausevorlage.

### Erste öffentliche Landeskonferenz der organisierten Eisenbahner Sachsens bzw. Mitteldeutschlands.

Die sächsische Landeskonferenz der organisierten Eisenbahner, die am Sonntag in Leipzig unter dem Vorsitz von Schöder-Leipzig lagte und auf der die gemäßigten Eisenbahner Graf-Dresden, Lisch-Ghemnitz, Wirth-Dresden, Weiß-Dresden und andre ein wenig anmutiges Bild von den Zuständen in den „Musterbetrieben“ der Eisenbahnverwaltung erwarteten, nahm folgende Resolution einstimmig an: Die am 6. August 1905 im „Volkshaus“ in Leipzig tagende Landeskonferenz von Vertretern der Einzelmitglieder des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands hält einen weiteren Ausbau der Organisation dringend geboten. Der größte Wert muß hierbei auf eine nicht erlassende Agitation gelegt werden. Die Anregungen des Gauleiters müssen allenthalben beachtet werden. Ein jährlicher Austausch zwischen diesem und den für den Verband tätigen Gewerkschaftlern ist unbedingt nötig. Um eine möglichst intensive Agitation zur Durchführung zu bringen, werden in jenen Orten, wo unsre Mitglieder infolge ihrer Stellung sich an der Agitation nicht beteiligen können, die Kartelle errichtet, und geeignete Leute zur Verfügung zu stellen. Von diesen werden die Kollegen, die uns noch fern stehen, in geeigneter Weise bearbeitet. Mißstände, die hier und da bekannt werden, sind im „Bedarf“ zu veröffentlichen. Der Gau Sachsen wird dahin erweitert, daß seine Grenzen mit Götting, Magdeburg, Erfurt und Hof gesteckt sind.

Ferner stimmte die Konferenz noch folgender, vom Vertreter des Hauptvorstandes in Hamburg eingebrachten Resolution unter allseitigem Beifall zu: Die heute am 6. August 1905 von Delegierten der Eisenbahner und von 30 Gewerkschaftskartellen des mitteldeutschen Gaues beschickte Konferenz der Eisenbahner Deutschlands beurteilt die Maßregelungen

der Eisenbahner durch die Eisenbahnverwaltung als schärfste. Sie hofft, daß die den Gewalttätigen dieser Verwaltung zum Opfer gefallenen Eisenbahner ihren Mut nicht sinken lassen werden, um so weniger, da ihnen die Solidarität der organisierten deutschen Arbeiterschaft zur Seite steht. Ferner spricht die Konferenz ihr Bedauern aus, daß der erste Vorsitzende des Verbandes durch eine dreimonatige Gefängnisstrafe, die er sich im Kampfe zugezogen, der Bewegung entzogen ist. Wir hoffen, daß alle diese Maßnahmen der deutschen Eisenbahnerbewegung durch Gewinnung neuer Mitglieder zugute kommen werden.

Eine interne Verbandsitzung nahm noch folgende Anträge an: 1. Die Landeskonferenz der Sachsen des Gaues Sachsen hält es im Hinblick auf die feindselige Haltung der Verwaltung für geboten, eine weitere Erhöhung der Beiträge vorzunehmen. Der kürzlich geschlossene Gemäßigtenfonds ist nach Kräften zu stärken, weil es nicht ausgeschlossen ist, daß die Erbitterung über die fortgesetzten Maßregelungen einmal unangenehme Folgen haben werden.

2. Die Landeskonferenz stellt zu der nächsten Generalversammlung den Antrag, einen besoldeten Verbandsvorsitzenden, der die Geschäfte des Redaktors mit zu übernehmen hat, anzustellen. Auch ist in Anbetracht der großen Ausbreitung des Verbandes in Sachsen die Anstellung eines besoldeten Gauleiters für diesen Gau unbedingt nötig.

Als Sitz des Gaues wurde Dresden und als Gauleiter Graf einstimmig wiedergewählt, ebenso der bisherige zweite Vorsitzende und Schriftführer.

Darauf nahm der Vorsitzende Schöder das Wort und verurteilte in scharfer Weise das Vorgehen der Polizei bei der letzten Konferenz, die der Eisenbahnverwaltung die anwesenden Eisenbahner, ohne dazu gezwungen zu sein, aus Messer geliefert hätte. Mit dem Wunsche, daß die Beratungen der Konferenz der Eisenbahner gute Früchte tragen möchten und mit einem Hoch auf den Eisenbahnerverband Deutschlands schloß er die Konferenz.

### Provinz und Umgegend. Sozialdemokratischer Volksverein für den Wahlkreis Calbe-Mscherleben.

Unser diesjährige ordentliche Generalversammlung findet am Sonntag den 27. d. M., vormittags 11 Uhr, in Mscherleben bei Dito Wille, Vor dem Wassertor, statt.

Tagungs-Ordnung:

1. Entgegennahme der Abrechnung und des Geschäftsberichts des Hauptvorstandes
2. Festsetzung des Worts und Wahl des Hauptvorstandes.
3. Beratung eingegangener Anträge.

Nach § 13 des Statuts ist zur Generalversammlung in öffentlichen Volksvereins-Versammlungen auf je 50 Mitglieder eines Ortes ein Delegierter zu wählen. Die Delegierten sind mit Mandat zu versehen. Zu stellende Anträge sind baldigst bei dem Hauptvorstand einzureichen.

Die Füllvorstände und Kassierer der Einzelmitglieder werden ersucht, für ungehende Abrechnung Sorge zu tragen. Mscherleben, den 9. August 1905.

Der Hauptvorstand.

Burg, 8. August. (Kartellbericht.) Die Abrechnung vom Gewerkschaftsfest ergab einen Ueberschuß von 60,75 Mark, die Quartalsabrechnung einen Kasseeinstand von 266,62 Mark. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Im Punkt Agitation beschäftigte sich das Kartell eingehend nur mit den Land- und Fabrikarbeitern. Diese Kategorie von Arbeitern und Arbeiterinnen scheinen sich ihrer Lage gar nicht bewußt zu werden zu wollen. Schlechte Löhne, übermäßig lange Arbeitszeit sind in den Tuchfabriken gang und gäbe. Trotz aller erdenklichen Mühe und Geldkosten ist es noch nicht möglich gewesen, die Zahl der Mitglieder zu erhöhen. Das patriarchalische Verhältnis zu den Arbeitgebern scheint schuld zu sein, daß diese Arbeiter noch nicht zu einer besseren Erkenntnis gekommen sind. Der Gauleitung ob der Zentralleitung des Verbandes soll anheimgegeben werden, auch auf Burg ihr Augenmerk mehr zu richten, da bis jetzt sehr wenig von dieser Seite geschehen ist. Als Kolporteur für die vorhandenen Mitglieder meldete sich Genosse Derejewsky freiwillig. Eine genaue Berichterstattung, wieviel Leser der „Volksstimme“ unter den Gewerkschaftsmitgliedern vorhanden sind, konnte nicht gegeben werden, weil ein großer Teil der organisierten Arbeiterschaft es nicht für notwendig hielt, den vom Kartell herausgegebenen Fragebogen zu beantworten. Für die Ausfertigung dieser Sache wurden dem Genossen Derejewsky 2 Mk. bewilligt. Ueber die Vornahme eines Ausflugs war man geteilter Meinung. Genosse Giesch, Schriftführer, meint, daß zuviel Anforderungen an die Gewerkschaftsmitglieder gestellt werden, es wäre besser statt eines Ausflugs einen Rezitationsabend oder sonstigen wissenschaftlichen Vortrag zu veranstalten. Der Ausflug wurde abgelehnt.

## Vom Saturn. (Nachdruck verboten.)

Von Georg Kaeßner, Bremen.

Als der große Galilei sein selbstverfertigtes Fernrohr auf den Himmel wandte, erblickte er dort die merkwürdigsten Dinge, die zu einer wahrhaft kulturvollen Revolutionierung der Köpfe führte. Sein unvollkommenes Instrument gestattete ihm aber nicht, alle die Merkwürdigkeiten richtig und genau zu erkennen. Er glaubte er beim Anblick Saturns zuerst zwei Monde zu erkennen, die sich so nahe bei der Saturnkugel befanden, daß sie fast an ihr klebten. Nach einiger Zeit bemerkte Galilei diese zwei Monde, die eigenmächtig eine ununterbrochene Stellung zur Saturnkugel beibehielten, gänzlich und glaubte, sich geirrt zu haben, bis die Anhängel zu beiden Seiten wieder auftraten. Man sah nun die Saturnsgestalt schon deutlicher; das ganze hatte die Form einer hellen Ellipse mit zwei Köchern auf jeder Seite. Diese räthselhafte Form fand endlich durch den berühmten Mathematiker und Physiker Huyghens seine Aufklärung.

Es gibt tatsächlich am Himmel kaum ein Objekt, das einen so überraschenden Eindruck hervorbringt wie der in bleichem Licht leuchtende Planet Saturn. Er stellt sich dar als eine frei schwebende Kugel, die oben und unten abgeplattet ist, auf der dunklere und hellere Bänder und Streifen in Zonen abwechseln. Diese Kugel ist umgeben von einem leuchtenden, flachen Ring, der sich in großen Fernrohren als aus mehreren schmalen zusammengesetzt erweist.

Erst Huyghens hatte, wie gesagt, diese Gestalt erkannt; um so seltsamer scheint es, wenn die alten indischen Astronomen Saturn als das Ring-Charakteristiken, mit dem keine Gestalt, undenklich geküßelt, bezeichnet hat. Man schloß hieraus im Verein mit noch sehr vielen andern Vermutungen auf ein hochentwickeltes Kulturvolk, das vor vielen Jahrhunderten spurlos in dem jüdischen Ocean versunken ist. Mehr Wahrscheinlichkeit aber hat Meyers Ansicht, die ein merkwürdiges Zusammenstreifen vermutet, indem man den jetzigen Planeten als das Auge der Unendlichkeit charakterisier, für die man übrigens auch noch ein andres ganz ähnlich aussehendes Symbol (Charakteristisches Zeichen) gefunden hat, nämlich die sich in den Schwanz beugende Schlange, die die Weltkugel umschlingt.

Die Saturnkugel ist abgeplattet, und zwar ist diese Abplattung die bedeutendste bisher beobachtete und stärker als die des Jupiter. Die Abplattung tritt deshalb nicht so sehr in die Erscheinung, weil der elliptische Ring die ruhige Betrachter fesselt. Die je weiter Jupiter betrachtet sofort auffallen läßt. Der Durchmesser des Planeten beträgt 122 000 Kilometer, d. h. das 1/10fache des Erddurchmessers. Damit stellt er dem 141 000 Kilometer im Durchmesser haltenden Jupiter nicht allzuweit nach. Da der Planet jedoch 92mal weiter als die Erde oder 1415

Millionen Kilometer von der Sonne entfernt ist, erreicht seine scheinbare Größe kaum die des Mars.

Die Ringe Saturns sind einzig dastehend in ihrer Eigenheit. Sie schweben in den äquatorialen Gegenden frei über dem Planeten und wenden uns bald die eine, bald die andre Seite oder die scheinbare Seite zu. Dies geschieht während eines Umlaufs des Saturn um die Sonne. Da nämlich die Ringe gegen die Erdbahn um 27 1/2 Grad geneigt sind und diese Neigung stets beibehalten, so ercheint uns von der Erde aus das Ringssystem als mehr oder minder geöffnete Ellipse, die in einem Fall, wo sie am schmalsten wird, uns die Seite zugehrt. Galilei erkannte mit seinem unvollkommenen Instrument das Wesen der Erscheinung nicht, und so konnte er sich das räthselhafte Verschwinden der jüdischen Anhängel nicht erklären.

Der bloße Anblick des gesamten Saturnsystems lehrt, wenn man über die Größenverhältnisse der Planetenkugel selbst unterrichtet ist, daß die Dimensionen der Ringe ungeheurer sein müssen. Messungen haben ergeben, daß das ganze Ringssystem von einem Ende zum andern 277 000 Kilometer, d. h. fast 22 Erddurchmesser, mißt. Die Ringe selbst sind durch dunklere Zwischenträume getrennt; der äußerste anderthalb Erddurchmesser breite Ring ist von dem nächsten etwa 2000 Kilometer entfernt. Der zweite Ring ist fast drei, der innerste, dunkelste anderthalb Erddurchmesser breit. Die Zwischenräume des letzteren ist aber immer noch fast einen Erddurchmesser vom Saturn entfernt. Im Vergleich zu diesen ungeheuren Dimensionen ist die ungemein geringe Dichte der Ringe sehr merkwürdig. Als der Ring eine Lage hatte so, daß man von uns aus gerade auf seine scheinbare Seite blickte (Ende Oktober 1891), war sogar im scheinbaren Refraktor der Väterntour keine Spur der Ringe zu bemerken. Nur vor der Kugel zeigten sie sich als sehr schwaches Band und zeigten sie annehmend in zwei Fällen. Daraus folgt, daß die Dichte der Ringe wahrscheinlich geringer ist als 80 Kilometer. Der Ring ist übrigens nicht überall gleich dünn, er zeigt vielmehr Erhöhungen und Vertiefungen, die allerdings aus seiner Natur erklärlich sind.

Es tritt nun eine Frage auf, die nach dem Vorangehenden sehr nahe liegt. Aus der außerordentlich großen Abplattung der Planetenkugel können wir auf eine sehr schnelle Umdrehungsgeschwindigkeit derselben schließen. Aus dem allerdings sehr seltenen Einzelheiten auf ihrer Oberfläche leitet man eine Umdrehungsdauer von 10 Stunden 14 1/2 Minuten ab, was eine Geschwindigkeit von 104 Kilometer in der Sekunde für einen Punkt am Saturnäquator bedeuert. Die Beobachtungen an sogenannten Spektroskop haben dies bestätigt. Es liegt nun natürlich nahe, zu fragen, ob denn bei den Ringen eine ähnliche Umdrehung beobachtet werden kann. Da auf den Ringen kaum ähnliche Anhaltspunkte vorhanden sind wie auf der Saturnkugel selbst, so ist eine direkte Beobachtung der Rotation (Umdrehung) nicht möglich. Die spektroskopische Beobachtung weist aber eine solche nach, und zwar eine verschiedene für die verschiedenen Teile des Ringes.

Welche Werte dabei in Betracht kommen, möge die folgende Gegenüberstellung zeigen:

	Geschwindigkeit in Kilometer	gemessen	berechnet
Rand der Scheibe . . . . .	9,38		10,30
Innere Ring . . . . .	20,10		21,00
Äußerer Ring . . . . .	15,40		17,10

Diese Tatsache der verschiedenen Geschwindigkeit der Ringe läßt interessante Schlüsse auf ihre Beschaffenheit zu. Sowohl die Theorie wie die eben genannte Tatsache der verschiedenen Umdrehungsgeschwindigkeit der Ringe beweist, daß die Ringe keine festen Körper sein können. Die Anziehungen der vorhandenen Monde würden dafür sorgen, daß die Ringe aus ihrer gewöhnlichen Lage kämen, auf den Saturn stürzen und zerbrächen. Es bleiben daher noch die Möglichkeiten der flüssigen oder gasförmigen Zustände. Die Theorie aber beweist, daß sowohl gasförmige wie flüssige Ringe ebenso bestandsunfähig wären wie die festen. Das ist scheinbar ein Widerspruch; denn daß die Ringe vorhanden sind, ist doch zweifellos und nur in einem der drei möglichen Zustandsformen, entweder der festen oder der flüssigen oder der gasförmigen müssen sie sich doch befinden. Die neuen Forschungen haben endlich auf dieser Zweifelsfrage herausgeführt. Es war schon länger bekannt und beobachtet worden, daß innerhalb der Ringe und der Trennungen fortwährende Veränderungen vor sich gehen. Diese Tatsache ist nur zu erklären, wenn die Ringe aus einer Anzahl kleiner fester Körperchen bestehen, die wie eine Staubwolke sich um den Planeten bewegen. Jeder dieser kleinen Körperchen ist als besonderer Mond zu betrachten, der der ordnenden und kontrollierenden Anziehungskraft der Saturnkugel und der andern größeren Monde unterliegt. Die unter der obengenannten Annahme des materiellen Zustands der Ringe ausgeführte Berechnung, die einmal W. Wilhelm Meher ausgeführt hat, beweist, daß der Bestand des Ringes in den beobachteten Formen und die vor sich gegangenen und vor sich gehenden Veränderungen mit Naturnotwendigkeit aus dem allgemeinen Newtonschen Gravitations- (Anziehungs-) Gesetz folgen. Selbst wenn man eine beliebige Wolke von kleinen Körperchen in beliebiger Anordnung an irgendeiner Stelle um den Saturn kreisen ließe, so sich die Ringe jetzt befinden, würde sich eine Verteilung einstellen, die der jetzigen entspricht; auch die Ringtrennungen würden an derselben Stelle sich zeigen.

Ueber die zehn Saturnsmonde, deren letzte beiden erst vor kurzem entdeckt wurden, haben wir erst kürzlich des weiteren gesprochen, so daß es sich hier erübrigt. Wie man es schon so oft in der astronomischen Wissenschaft beobachten konnte, gingen auch bei der Aufhellung der Mängel der sich lebenden Saturnringe Theorie und Beobachtung in schönster Weise Hand in Hand und diesen wunderbaren Einklang, der das ganze Naturgeschehen und empfinden so harmonisch durchflingt, selbst erkennen zu lernen und begreifen zu können, gemährt eines der erhabensten ästhetischen Vergnügen, deren eine Menschenjensele teilhaftig zu werden vermag!







# Warenhaus Gebr. Barasch

**Extra-Preise**  
**Freitag**  
**Sonnabend**

# Emaille!

**Extra-Preise**  
**Freitag**  
**Sonnabend**

**Schmortöpfe** grau und blau  
14 16 18 20 22 24 26 27 30 cm Durchm.  
Stück 25 30 36 46 55 65 75 85 98 Pf.

**Milchtöpfe** mit Ausguss  
8 9 10 11 12 13 14 15 16 cm Durchm.  
Stück 15 16 18 22 24 26 29 35 38 Pf.

**Topfdeckel** grau und blau  
14 16 18 20 22 24 26 28 30 cm Durchm.  
Stück 11 13 15 18 23 27 32 38 44 Pf.

**Kaffeekannen** grau, blau, weiß  
mit kleinen Fehlern  
13 14 15 16 17 18 cm Durchm.  
1 1/2 2 2 1/2 3 3 1/2 4 Str. Inhalt  
Stück 39 48 55 65 75 85 Pf.

**Waschbecken** rund, mit Schnapf, neublau und  
weiß, mit kleinen Fehlern  
30 32 cm Durchm.  
Stück 20 33 Pf.

**Spucknapfe** weiß, mit kleinen Fehlern  
ca. 20 cm Durchmesser Stück 16 Pf.  
**Spülwannen** verzinkt, oval  
in schwerer Ausführung  
40 45 50 55 60 65 70 cm l.  
Stück 0.88 1.00 1.35 1.65 1.95 2.25 2.75

**Schmortöpfe** hohe Form, grau und blau  
14 16 18 20 22 24 26 28 30 cm Durchm.  
Stück 32 39 48 59 72 85 98 1.15 1.45

**Schüsseln** mit kleinen Fehlern  
24 26 28 30 32 34 38 40 cm Durchm.  
Stück 19 22 24 27 30 35 48 56 Pf.

**Maschinentöpfe** weiß und neublau  
mit kleinen Fehlern  
9 10 11 12 13 14 15 16 17 18 19 20 cm D.  
St. 11 13 16 19 21 24 29 33 42 45 48 55

**Essenträger** blau, gerade Form  
14 16 18 cm Durchmesser  
Stück 68 78 88 Pf.

**Wasserkessel** grau und blau mit kleinen Fehlern  
18 20 22 24 cm Durchm.  
Stück 65 75 85 95 Pf.

**Zeller** mit kleinen Fehlern  
18 20 22 cm Durchm.  
tief flach tief flach tief flach  
8 und 9 Pf. 9 und 11 Pf. 12 und 13 Pf.

**Schlesische Bratpfannen** blau  
28 30 32 34 36 38 40 cm Länge  
Stück 54 65 78 88 95 1.05 1.25

**Bratpfannen** rund, blau und grau, mit Griff  
14 16 20 24 36 cm Durchm.  
Stück 19 25 38 44 58 Pf.

**Salat-Siebe** weiß  
24 26 cm Durchm.  
Stück 80 90 Pf.

**4000** ca. Stück **Emaille-Eimer** mit kleinen Fehlern, grau neublau u. weiss Stück **50 66** Pf.  
Der Verkauf dieser Eimer beginnt Sonnabend früh!

## Wirtschafts-Artikel

**Spiritus-Gaskocher** . . . . . Stück 28 Pf.  
1 2 3 Panmig  
**Petroleumkocher** 88 1.45 2.65  
**Reibmaschine** „Doppel“, für fein und  
groß . . . . . 95 Pf.  
**Mandel-Reibmaschine** . . . . . Stück 55 Pf.  
**Fleisch-Hackmaschine** . . . . . Stück 2.95  
**Rohlenplättisen** . . . . . Stück 1.55

**Britannia-Kaffeelöffel** mit Stahlrinne . . . . . Duzend 95 45 Pf.  
**Britannia-Esslöffel** mit Stahlrinne . . . . . 1/2 Duzend 70 48 Pf.  
**Blach-Kaffeelöffel** . . . . . Duzend 22 Pf.  
**Blach-Esslöffel** . . . . . Duzend 36 Pf.  
**Tischbestecke** mit schwarzem Griff und Stahlgabel . . . . . 1/2 Duzend 1.40  
**Tischbestecke** mit schwarzem Griff und durchgehendem Heft 1/2 Duzend 2.50  
**Wirtschaftswagen** bis 10 Kilo Tragkraft . . . . . 1.45

**Wäsche-Kiepen** viereckig Stück 3.55 u. 2.75  
**Wäsche-Leinen** 10 12 30 Mr. lang  
Stück 14 24 44 Pf.  
**Wäsche-Leinen** flach Stück 65 98 Pf.  
**Rücken-Kiepen** rund Stück 2.85 2.45  
**Kiepenbänder** . . . . . Paar 22 Pf.  
**Glühstoff** für Kohlen-Plättisen  
Karton enthaltend ca. 48 Stück 26 Pf.

**Einmache-Flaschen**  
1/4 1/2 1 2 Str. Inhalt  
7 11 23 26 Pf.

**Einmache-Gläser**  
mit Schraubverschluss  
1/2 Str. Inhalt  
Stück 13 Pf.

**Einmache-Gläser**  
1/4 1/2 1 2 2 1/2 3 4 5 Str. Inhalt  
5 6 7 8 14 22 24 27 33 Pf.

**Zitronen-Pressen**  
Stück 10 Pf.

**Einmache-Gläser**  
mit Patentverschluss, Marke „Adler“  
1/2 1 1 1/2 2 Str. Inhalt  
24 32 38 44 Pf.

**Butterbrot-Papier** . . . . . Karton enthaltend 100 Blatt 19 Pf.

**Toilette-Fettseife** zum Ausfuchen, garantiert rein, in  
allen Gerüchen . . . . . 3 Stück 25 Pf.

**Nur soweit Vorrat.**